

Termin: 15.02.2022, 10:00 Uhr

KSt

Zuarbeitsbitte des SM
hier: Lehren aus der Pandemie

Angesichts der Ausbreitung des Coronavirus waren weitreichende Maßnahmen erforderlich, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen abzumildern. So haben Bund und Land die von den Einschränkungen betroffenen Unternehmen mit einer Vielzahl an Wirtschaftshilfen unterstützt.

Unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie wurden in Mecklenburg-Vorpommern Soforthilfen ausgereicht, um etwaige Liquiditätsengpässe abzufedern. Im weiteren Verlauf wurden die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern über verschiedene Programme – Überbrückungshilfen einschließlich Neustarthilfen und November- und Dezemberhilfe – sowohl bei den Fixkosten als auch bei Maßnahmen zur Anpassung des Geschäftsbetriebs an die Coronasituation (Hygienemaßnahmen) unterstützt. Weiterhin haben die Unternehmen durch Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld umfangreiche Entlastung bei den Personalkosten erfahren. Hinzu kamen u.a. Kredite, steuerliche Maßnahmen und Hilfen für den Lebensunterhalt.

Wo die Maßnahmen des Bundes zu kurz gegriffen haben, hat das Land ergänzt. So wurden gezielt Maßnahmen ergriffen, um die Finanzierung der laufenden Ausgaben zusätzlich zu sichern, die Folgen für die Beschäftigten abzumildern und besonders betroffene Branchen umfassender zu unterstützen. Zu nennen sind hier u.a. die Personalkostenzuschüsse, die das Land im Rahmen der Überbrückungshilfen I bis III als Ergänzung zu den Fixkostenzuschüssen gezahlt hat, das branchenoffene „Darlehensprogramm“ des Landes (rückzahlbare Corona-Liquiditätshilfe), die Neustart-Prämie, die Programme zur Ausbildungsfortsetzung und die branchenspezifischen Programme für Hotellerie und Gastronomie, den Einzelhandel und die Veranstaltungswirtschaft.

Insgesamt wurden in Mecklenburg-Vorpommern seit Ausbruch der Coronapandemie circa 93.000 Anträge bzw. rund 1.750 Millionen Euro an Unternehmenshilfen bewilligt.

So konnte die Substanz der Wirtschaft erhalten werden: Sowohl die von vielen befürchtete Insolvenzwelle als auch Entlassungen von Beschäftigten in größerem Umfang blieben aus.